

# Inhaltsverzeichnis

Verwendete Abkürzungen . . . . .	XIX
§ 1. Einleitung. . . . .	1
I. Gegenstand der Arbeit. . . . .	1
II. Historische Entwicklung des Themas . . . . .	3
III. Praktische Bedeutung . . . . .	4
IV. Gang der Untersuchung. . . . .	6
§ 2. Der Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung. . . . .	9
I. Die Literaturmeinungen . . . . .	9
1. Die große Synthese zwischen Versicherungsrecht und allgemeinem Zivilrecht: Reimer Schmidt . . . . .	9
a) Die Terminologie R. Schmidts . . . . .	10
b) Hintergrund und Nutzen der Unterscheidungen . . . . .	11
c) Kritische Stellungnahme zu R. Schmidt. . . . .	12
(1) Grundsätzliche Ignoranz der direkten Vorgänger . . . . .	12
(2) Angeblich schwächere Sanktion . . . . .	13
(3) Venire contra factum proprium . . . . .	14
(4) Rechtspsychologie. . . . .	15
(5) Rechtspflicht und Rechtsphilosophie . . . . .	17
d) Resümee zu R. Schmidt . . . . .	18
2. Der heutige Stand der Literatur . . . . .	20
a) „Terminologische“ Schwierigkeiten . . . . .	21
b) Die vermittelnde Obliegenheitstheorie . . . . .	22
c) Die überwiegende Ansicht: Voraussetzungstheorie . . . . .	23
d) Die Verbindlichkeitstheorie . . . . .	24
e) Einheitstheorienfeindliche Ansätze . . . . .	25
f) Zwischenstand . . . . .	27

<i>II. Die Rechtsprechung – (Selbst-)Darstellung und Inhalt</i> . . . . .	28
1. Versicherungsvertragsrecht . . . . .	28
a) BGH vom 13. 6. 1957 (BGHZ 24, 378). . . . .	28
b) BGH vom 7. 11. 1966 (NJW 1967, 202) . . . . .	30
c) BGH vom 26. 2. 1969 (VersR 1969, 507). . . . .	31
d) Zwischenergebnis . . . . .	31
e) BGH vom 26. 1. 2005 (NJW 2005, 1185) – kein „Selbstvollstreckungselement“ der Obliegenheiten . . . . .	32
2. Allgemeines Zivilrecht . . . . .	33
a) BGHZ 11, 80 und BGHZ 50, 175 . . . . .	34
b) Entscheidungen der Instanzgerichte. . . . .	34
<i>III. Zusammenfassung</i> . . . . .	35
 § 3. Die typischen Obliegenheitstatbestände . . . . .	37
 <i>I. Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht.</i> . . . . .	38
1. Die Obliegenheiten des Versicherungsnehmers . . . . .	38
a) Die vorvertragliche Anzeigepflicht . . . . .	38
b) Gesetzliche Obliegenheiten nach Abschluss des Vertrages bis zum Versicherungsfall. . . . .	40
c) Obliegenheiten aus Vertrag (§ 6 VVG a.F./§ 28 VVG 2008) . . . .	42
d) Gesetzliche Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls (1) Anzeige des Versicherungsfalls und Auskunftspflicht . . . . .	43
(2) Abwendung und Minderung des Schadens . . . . .	44
(3) Weitere Obliegenheiten des Versicherungsnehmers nach Eintritt des Versicherungsfalles . . . . .	46
e) Zweifelhafte Obliegenheiten . . . . .	46
2. Versichererobliegenheiten . . . . .	47
a) Die Risikoprüfungsobliegenheit . . . . .	47
b) Obliegenheiten des Versicherers aus dem VVG. . . . .	49
c) Weitere Nebenpflichten aus Treu und Glauben. . . . .	50
d) Zwischenergebnis . . . . .	51
 <i>II. Obliegenheiten außerhalb des Versicherungsrechts</i> . . . . .	52
1. § 254 BGB . . . . .	52
a) Anwendungsbereich und Regelungsgehalt der Norm . . . . .	53
(1) Rechtspflicht zur Vermeidung eigener Schäden?. . . . .	53
(2) Konsequenz der überwiegenden Ansicht: Annahme von Obliegenheiten . . . . .	55
(3) Folgen des Mitverschuldens . . . . .	55
b) Historische Entwicklung des Mitverschuldens. . . . .	56
c) Rechtfertigung für die Anrechnung von Mitverschulden . . . . .	58

d) Verhältnis der Obliegenheitstheorien zu § 254 BGB. . . . .	60
2. Obliegenheiten mit Relevanz der Theorien . . . . .	62
a) „Ehemalige“ Obliegenheiten der Banken . . . . .	62
(1) Widerrufsbelehrungspflicht . . . . .	62
(2) Vorvertragliche Aufklärungspflichten . . . . .	63
b) Mitwirkungsobliegenheiten . . . . .	64
(1) Annahme der Leistung durch den Gläubiger. . . . .	64
aa) Die Herausbildung der heute herrschenden Ansicht . . .	64
bb) Eigene Ansicht: Annahmepflicht – nur kein Verschuldenserfordernis für Rechtsfolgen der §§ 300ff. BGB . . . . .	68
α) Die Hauptfälle des Annahmeverzuges . . . . .	68
β) Verschulden und Interessenlage beim Annahme- verzug und bei Obliegenheiten . . . . .	68
γ) Der Schadensersatzanspruch des Schuldners . . . . .	70
δ) Heranziehung der Rechtsvergleichung. . . . .	71
(2) Die Mitwirkung des Bestellers. . . . .	71
aa) BGH vom 13. 11. 1953 (BGHZ 11, 80) . . . . .	72
bb) BGH vom 16. 5. 1968 (BGHZ 50, 175). . . . .	74
cc) Die Entwicklungstendenz zur Mitwirkung des Bestellers . . . . .	75
3. Obliegenheiten ohne Theorienrelevanz. . . . .	77
a) Erklärungs- oder Klarstellungsobliegenheiten . . . . .	77
(1) Die typischen Tatbestände . . . . .	78
aa) Obliegenheit zur unverzüglichen Anfechtung (§ 121 Abs. 1 BGB) . . . . .	78
bb) Obliegenheit zur Anzeige der Verspätung (§ 149 BGB) . . .	78
cc) Untersuchungs- und Rügeobliegenheit (§ 377 HGB). . .	79
dd) Obliegenheit zur Untersuchung von Gebrauchtwagen? . . .	80
ee) Obliegenheit zur Nachfristsetzung . . . . .	81
(2) Atypische Tatbestände . . . . .	82
aa) Obliegenheit zur Anzeige der Ablehnung eines Geschäftsbesorgungsvertragsangebotes (§ 362 HGB) . . .	82
bb) Obliegenheiten zur Nichtduldung von Vertreterhandeln und zur Richtigstellung von kaufmännischen Bestätigungsschreiben . . . . .	83
(3) Stellungnahme . . . . .	83
b) Erkundigungs- oder Nachforschungsobliegenheiten . . . . .	85
(1) Nachforschungsobliegenheit des Erklärungsempfängers . . .	85
(2) Sachenrechtliche Erkundigungsobliegenheit (§ 932 BGB) . .	86
c) Dokumentationsobliegenheiten . . . . .	87
d) Die Obliegenheiten des insolventen Schuldners . . . . .	88
e) Obliegenheiten im Familien- und Erbrecht. . . . .	89

(1) Unterhaltsrecht . . . . .	90
aa) Obliegenheiten des Unterhaltspflichtigen . . . . .	90
bb) Obliegenheiten des Unterhaltsberechtigten . . . . .	92
cc) Zwischenergebnis. . . . .	93
(2) Obliegenheiten zur Rücksichtnahme . . . . .	93
(3) Aufklärungsobliegenheiten bei Eingehung der Ehe . . . . .	95
(4) Die Inventarerrichtung durch den Erben . . . . .	96
f) Weitere Obliegenheiten im Arbeits- und Sozialrecht . . . . .	97
g) Providerobliegenheit . . . . .	98
h) Anwaltsobliegenheiten . . . . .	98
i) Weitere materiell-rechtliche Obliegenheiten . . . . .	99
(1) Wahlrecht als Mitwirkungsobliegenheit?. . . . .	99
(2) Obliegenheit zur Nutzung vergeblicher Aufwendungen? . .	100
(3) Deliktsrechtliche Obliegenheiten?. . . . .	100
j) Prozessrechtliche Obliegenheiten . . . . .	101
<i>III. Zusammenfassende Beobachtungen und weitere Begrifflichkeit</i> <i>(Obliegenheiten i. e. S. und i. w. S.) . . . . .</i>	103
1. Interesse an der Auferlegung und an der Erfüllung von Obliegenheiten . . . . .	103
2. Theorienrelevanz nur bei Interesse an Erfüllung . . . . .	104
3. Zusammenhang mit dem Verschuldensfordernis . . . . .	105
4. Zusammenhang zur Darlegungs- und Beweislast . . . . .	108
5. Konsequenz: Unterschiedliche Terminologie . . . . .	110
6. Sonderfälle . . . . .	111
a) Obliegenheiten im Insolvenzverfahren . . . . .	111
b) § 254 BGB . . . . .	112
7. Kurze Stellungnahme. . . . .	112
 § 4. Der Ausdruck „Obliegenheit“ . . . . .	113
<i>I. Allgemeine Verwendung von „Obliegenheit/obliegen“ . . . . .</i>	114
<i>II. Gesetze und sonstige juristische Verwendungen . . . . .</i>	115
1. Älteste Nachweise. . . . .	115
2. „Obliegenheiten“ im Versicherungsrecht. . . . .	116
a) Älteste Verwendungen . . . . .	117
b) Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB). . . . .	117
c) Das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) . . . . .	119
d) Die aktuelle Fassung des VVG nach der Reform. . . . .	121
3. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). . . . .	121
4. Weitere Gesetze: Obliegenheit i. S. v. Rechtspflicht . . . . .	125
5. Die Verwendung in Urteilen . . . . .	126

III. Zwischenstand. . . . .	127
-----------------------------	-----

§ 5. Die historische Herausbildung und Entwicklung der Obliegenheitstheorien. . . . .	131
--	-----

I. Grundsätzliches. . . . .	131
-----------------------------	-----

1. Wozu Dogmengeschichte? . . . . .	131
2. Der große Zusammenhang des konkreten Themas . . . . .	132
a) Erfüllungsgehilfenhaftung (§ 278 BGB) . . . . .	133
b) „Schuldverhältnis“, „Rechtspflicht“, klagbare Obligation. . . . .	134
c) Besondere Pflichten . . . . .	135

II. Ausgrenzung: Die ursprüngliche Entstehung der heute herrschenden Meinung . . . . .	137
---	-----

1. „Verschulden gegen sich selbst“ . . . . .	137
a) Die Ansicht Zitelmanns. . . . .	137
b) Stellungnahme . . . . .	138
2. Das Problem des Rechtszwanges (Siber) / Schuld und Haftung / „Gebote des eigenen Interesses“ . . . . .	139
3. Die „unechte Verbindlichkeit“ (Nussbaum) . . . . .	142
4. „Voraussetzung zum eigenen Rechtserhalt“ . . . . .	143
a) Die Entwicklung der Bezeichnung . . . . .	143
b) Die Rolle der versicherungsrechtlichen Rechtsprechung . . . . .	145
(1) Exkurs: Die Herbeiführung des Versicherungsfalles und die Repräsentantenhaftung . . . . .	145
aa) RG vom 26. 5. 1883 (RGZ 9, 118) – kein Vorläufer . . . . .	147
bb) RG vom 22. 10. 1895 (RGZ 37, 149). . . . .	148
cc) RG vom 18. 10. 1901 (RGZ 51, 20) . . . . .	148
dd) RG vom 22. 4. 1903 (Gruchots Beitr. 47, 991) . . . . .	149
ee) RG vom 4. 6. 1913 (RGZ 83, 43). . . . .	150
ff) Zwischenbilanz: Das unsolide Rechtsprechungs- fundament der heute herrschenden Meinung zur Repräsentantenhaftung . . . . .	151
gg) Wesentlicher Inhalt des § 61 VVG a.F.: Wille des Gesetzgebers und Auffassungen in früher Literatur und OLG-Rechtsprechung zur Anwendung des § 278 BGB . . . . .	152
(2) Die Verletzung von Anzeige- und Mitteilungspflichten in der Rechtsprechung des Reichsgerichts . . . . .	154
aa) RG vom 17. 12. 1898 (RGZ 43, 142). . . . .	155
bb) RG vom 30. 12. 1901 (RGZ 50, 295) . . . . .	156
cc) RG vom 28. 6. 1904 (RGZ 58, 342) . . . . .	156
dd) RG vom 21. 12. 1905 (RGZ 62, 190) . . . . .	158

ee) RG vom 29. 1. 1909 (LZ 3, Sp. 403) . . . . .	159
ff) Zusammenfassung . . . . .	159
5. Die Verallgemeinerung der Voraussetzungstheorie (Bedingungstheorie) für das Versicherungsvertragsrecht. . . . .	161
a) Hintergrund der allgemeinen Voraussetzungslehre: Ursprüngliche Gemeinsamkeit mit der Verbindlichkeitstheorie . . . . .	162
b) Theoretische Grundlage (Schneider) . . . . .	162
c) Insbesondere: Das Prinzip der Selbstverschuldung . . . . .	164
d) Die Entwicklung zur h. M. im Versicherungsrecht. . . . .	165
(1) Widersprüche bei Bruck . . . . .	165
(2) Weitere Probleme . . . . .	166
e) Resümee zur Entwicklung der Voraussetzungstheorie . . . . .	168
<i>III. Gegenmeinung: Verbindlichkeitstheorie . . . . .</i>	169
1. Der Hintergrund des Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) vom 30. 5. 1908. . . . .	171
2. Das Wortlautargument . . . . .	172
3. Der Wille des historischen Gesetzgebers . . . . .	173
a) Haltung des VVG-Gesetzgebers (bis 1908). . . . .	173
b) Die Verordnung zur Vereinheitlichung des Rechts der Vertragsversicherung vom 19. 12. 1939. . . . .	174
c) Heutige Bedeutung des historischen Gesetzgeberwillens. . . . .	175
4. Schadensersatzpflicht als Folge der Verletzung von Obliegenheiten . . . . .	176
a) VVG-Entwurfsbegründung . . . . .	177
b) § 818 HGB . . . . .	178
c) Die praktische Relevanz eines Schadensersatzanspruches des Versicherers. . . . .	178
d) Das „Vergessen“ des Schadensersatzanspruches durch die herrschende Meinung . . . . .	180
5. Weitere Konsequenzen der Verbindlichkeitstheorie: § 278 BGB und Repräsentantenhaftung . . . . .	181
a) Behandlung des § 61 VVG . . . . .	181
b) Anwendbarkeit des § 278 BGB im Übrigen. . . . .	182
c) Repräsentantenhaftung als Haftungsmilderung . . . . .	182
6. Die Verbindlichkeitstheorie in der Rechtsprechung. . . . .	183
7. Zwischenergebnis . . . . .	184
<i>IV. Vermittelnde Ansichten: Die Vorläufer R. Schmidts . . . . .</i>	185
1. Die indirekte Obligation . . . . .	185
a) Die theoretische Basis (v. Buchka) . . . . .	185
b) Die praktische Umsetzung und Anwendung auf das Versicherungsvertragsrecht. . . . .	186
2. Rechtspflichten, die kein Schuldverhältnis sind . . . . .	187
<i>V. Resümee der historischen Betrachtungen . . . . .</i>	188

§ 6. Versicherungsvertragsrecht und allgemeines bürgerliches Recht in der weiteren Untersuchung. . . . .	191
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. . . . .	191
1. Erforderlichkeit der grundsätzlichen Herangehensweise. . . . .	191
2. Versicherungsvertrag und Versicherungswissenschaft. . . . .	191
3. Die Besonderheiten des Versicherungsvertragsrechts. . . . .	193
a) Insbesondere: Treueerfordernis (Assekuranztreue). . . . .	194
b) Genauer: Risikotragung. . . . .	196
4. Nochmals: Funktionen der Obliegenheiten des Versicherungs- nehmers. . . . .	197
II. Abspaltung der Obliegenheiten des Versicherungsnehmers oder Einheit der Zivilrechtsordnung – Das weitere Vorgehen. . .	199
§ 7. Kritik der heute im Versicherungsvertragsrecht herrschenden Voraussetzungstheorie. . . . .	203
I. Allgemeiner Begriff und Inhalt der „Voraussetzung“. . . . .	204
1. Obliegenheit als Tatbestandvoraussetzung? . . . . .	205
2. Keine klare Abgrenzung von der Hauptleistungspflicht (Prämienzahlung) des Versicherungsvertrages. . . . .	206
3. „Voraussetzung für den Rechtserhalt“. . . . .	207
a) Unzutreffende Verallgemeinerung der Rechtsfolge – kein „Selbstvollstreckungselement“. . . . .	207
b) Genauer: Andere Rechtsfolgen (als Rechtsverlust). . . . .	208
(1) Schadensersatz. . . . .	208
(2) Versicherungstechnische Korrektur. . . . .	209
(3) Vereinbarung von Vertragsstrafen. . . . .	210
(4) Zugangsfiktion in § 10 VVG a. F. (§ 13 VVG 2008). . . . .	210
c) Weitere Voraussetzungen für einen Rechtsverlust bei Obliegenheiten aus Vertrag. . . . .	211
d) Weitere Voraussetzungen bei Obliegenheiten aus Gesetz. . . . .	212
II. Gebote/Pflichten im eigenen Interesse? . . . . .	213
1. Ursprung der These. . . . .	213
2. Aktuelle Widersprüche. . . . .	214
a) Schaden im versicherungstechnischen Sinne. . . . .	215
b) Notwendige Unterscheidung zwischen der Interessenlage vor Auferlegung von Obliegenheiten und danach. . . . .	216
(1) Ursprüngliche Interessenlage bei Obliegenheiten i. e. S.. . . .	216
(2) Situation nach Auferlegung der Obliegenheit i. e. S.. . . .	217

(3) Andere Interessenlage bei Obliegenheiten i. w. S. . . . .	218
c) Inkonsequenz der h. L. . . . .	219
3. Resümee zum Thema Interesse und Exkurs zu Argumentations- mustern (Interessen- und Begriffsjurisprudenz). . . . .	219
III. <i>Angewandte schwächere Sanktion</i> . . . . .	221
IV. <i>„Nicht widerrechtlich“</i> . . . . .	223
V. <i>„Erfüllung im Belieben des Verpflichteten“</i> . . . . .	224
VI. <i>Die Belastung Dritter durch Obliegenheiten – Verträge     zu Lasten Dritter?</i> . . . . .	225
1. Wechsel einer Vertragspartei. . . . .	225
2. §§ 79, 179 VVG a. F. (§§ 47, 179 VVG 2008) – Vertrag zugunsten Dritter . . . . .	226
3. Sonstige Obliegenheiten Dritter. . . . .	228
VII. <i>Zusammenfassung der Kritik</i> . . . . .	228
§ 8. Eigene Ansicht: Obliegenheiten i. e. S. als Nebenpflichten . . . . .	233
I. <i>Die Unterscheidung Haupt-/Nebenpflichten</i> . . . . .	234
II. <i>Die Abgrenzung Rechtspflicht/Naturalobligation</i> . . . . .	237
1. Tatbestände der Naturalobligation . . . . .	238
2. Gemeinsamkeit Naturalobligationen/Obliegenheiten . . . . .	239
3. Die historische Entwicklung. . . . .	239
a) Allgemein: Naturalerfüllungszwang . . . . .	240
b) Insbesondere: Die Entwicklung der Naturalobligation . . . . .	240
c) Schlussfolgerungen . . . . .	241
4. Unterschied Obliegenheiten – Naturalobligationen. . . . .	242
III. <i>Klagbarkeit und Schadensersatz als Abgrenzungskriterien         von Obliegenheiten?</i> . . . . .	242
1. Herkömmliche Auffassung – die Rechtsfolge als Ordnungs- kriterium. . . . .	242
a) Klagbarkeit und Schadensersatz erforderlich . . . . .	243
b) Klagbarkeit nicht zwingend erforderlich . . . . .	243
2. Eigener Ansatz . . . . .	244
a) Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	244
b) Relevanz des Kriteriums Klagbarkeit? . . . . .	245
c) Allgemein: Rechtsgeschäfte und ihre Rechtsfolgen . . . . .	246
d) Konkret: Obliegenheiten und Erfüllungszwang . . . . .	247
(1) Veränderungen bei der Klagbarkeit von Nebenpflichten . . . . .	247



(2) Zwar kein Abgrenzungskriterium – Obliegenheitserfüllung kann aber klagbar sein . . . . .	248
(3) Beispiele . . . . .	249
e) Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung, insbesondere Schadens- ersatz als Abgrenzungskriterium der Rechtspflicht . . . . .	250
(1) Schadensersatz allgemein ungeeignet als „Grenzstein“ . . . . .	250
(2) Nochmals: Das Vergessen des Schadensersatzanspruchs durch die Versicherer . . . . .	251
f) Exkurs: Anspruch und Rechtspflicht . . . . .	252
(1) Die Überreste aktionenrechtlichen Denkens. . . . .	252
(2) Begriffsjurisprudenz . . . . .	254
IV. <i>Obliegenheiten und das Schuldverhältnis i. w. S.</i> . . . . .	255
1. Das Schuldverhältnis i. w. S. . . . .	256
2. Obliegenheiten i. e. S. als Neben- oder Verhaltenspflichten. . . . .	257
a) Bedeutung und Folgen einer (Neben-)Pflichtverletzung . . . . .	258
b) Belastung mit Nachteilen aufgrund der allgemeinen Risiko- verteilung . . . . .	259
c) „Definition“ der Pflicht . . . . .	261
d) Verhältnis der hier vertretenen Ansicht zu früheren Theorien . . . . .	262
e) Besonderheit der Obliegenheiten i. e. S. . . . .	263
f) Terminologisches . . . . .	263
3. Obliegenheiten i. w. S. . . . .	264
V. <i>Zusammenfassung</i> . . . . .	264
§ 9. Folgerungen für das Versicherungsvertragsrecht . . . . .	267
I. <i>Allgemeine Konsequenzen der hier vertretenen Ansicht.</i> . . . . .	267
1. Grundsätzliche Anwendung der §§ 241 ff. BGB . . . . .	267
a) Schadensersatz . . . . .	267
b) Rücktritt . . . . .	269
c) Vertragsstrafen . . . . .	269
(1) Grundsätzliche Zulässigkeit . . . . .	269
(2) Sonderfall: Weiche Tarifmerkmale in der Kfz-Haftpflicht- versicherung . . . . .	270
(3) Weitere Ausnahme: ärztliche Untersuchung in der Lebens- versicherung . . . . .	271
2. Insbesondere: Vorvertragliche Anzeigepflicht und culpa in contrahendo. . . . .	272
a) Dogmengeschichtlicher Hintergrund der Regelungen. . . . .	273
b) Die aktuelle Situation . . . . .	274
(1) Sanktionen abschließend? . . . . .	275

(2) Zurechnung . . . . .	278
<i>II. Regeln über die Zurechnung des Verhaltens Dritter . . . . .</i>	<i>278</i>
1. Die Repräsentantenhaftung . . . . .	278
a) § 61 VVG a.F. / § 81 VVG 2008 . . . . .	279
(1) Historisches Argument . . . . .	279
(2) Aktuelle Stellungnahme . . . . .	282
aa) Besserstellung des Versicherungsnehmers? . . . . .	282
bb) Der Mieter/Pächter als Repräsentant. . . . .	284
cc) Argumente für die Schlechterstellung des Versicherungsnehmers im Rahmen der Herbeiführung des Versicherungsfalles . . . . .	285
dd) Ökonomischer Hintergrund der Repräsentanten- haftung . . . . .	286
ee) Die Repräsentantenhaftung bei Herbeiführung des Versicherungsfalles als Entwertung des Versicherungsschutzes . . . . .	288
ff) Rechtsvergleichendes Argument . . . . .	288
gg) Schlussfolgerung . . . . .	289
b) Keine Anwendung der Repräsentantenhaftung auf wirkliche Obliegenheiten . . . . .	290
(1) Fehlen positiver Argumente für h.M. . . . .	290
(2) Der funktionsbedingte Erfüllungsgehilfe . . . . .	291
2. Wissens- und Wissenserklärungsvertreter . . . . .	292
<i>III. „Verhüllte“ Obliegenheiten – Risikobeschreibungen . . . . .</i>	<i>294</i>
1. Näheres zur Abgrenzung. . . . .	294
2. Sonderfall: Herbeiführung des Versicherungsfalles – tatsächlich Risikoausschluss? . . . . .	295
3. Anwendung des Gedankens der Obliegenheiten i.e.S. . . . .	297
<i>IV. Begrenzung und Abschaffung des Alles-oder-Nichts-Prinzips . .</i>	<i>297</i>
 § 10. Die wichtigsten anderen Obliegenheitstatbestände . . . . .	301
<i>I. Weitere Obliegenheiten i. e. S. . . . .</i>	<i>301</i>
1. Widerrufsbelehrungsobliegenheit. . . . .	301
2. Mitwirkungsobliegenheiten . . . . .	302
<i>II. Obliegenheiten i. w. S. . . . .</i>	<i>302</i>
1. Familienrechtliche Obliegenheiten . . . . .	303
2. Erklärungs- und Klarstellungsobliegenheiten . . . . .	303
3. Obliegenheiten im Insolvenzverfahren . . . . .	304

<i>III. § 254 BGB</i> . . . . .	305
<i>IV. Ergänzende Argumente für die hier vertretene Ansicht</i> . . . . .	307
1. Rechtsvergleichung . . . . .	307
2. Das „unbewusste Wirken des Gesetzgebers“: Schuldrechtsreform und VVG-Reform. . . . .	308
 Zusammenfassende Thesen . . . . .	 311
 Literaturverzeichnis. . . . .	 319
I. Gesetzesmaterialien. . . . .	319
II. Literatur . . . . .	320
 Sachregister. . . . .	 347